		AZ:	52/Herr Jokel
--	--	-----	---------------

Mitteilung-Nr.: 0542/2018/MV

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	29.11.2022	Ö	Kenntnisnahme

Betreff:

Entwicklung der Zahlen ankommender unbegleiteter minderjähriger Ausländer in Neumünster und die damit einhergehenden Herausforderungen

ISEK:

Soziale Stadt sein, in der Benachteiligungen und Notlagen verhindert, abgemildert bzw. beseitigt werden

Das Thema der Versorgung der Gruppe sog. „umA's“ beschäftigt die öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe im Besonderen spätestens seit dem Jahr 2015. Im Zuge der Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 widmete sowohl die Fachwelt, als auch die Öffentlichkeit dem Thema große Aufmerksamkeit. Es wurden Versorgungsstrukturen in kurzer Zeit aufgebaut, gepaart mit ehrenamtlichem Engagement gelang es schließlich den überwiegenden Teil an Geflüchteten in die hiesigen Hilfsangebote zu überführen und vielen von Ihnen eine persönliche Perspektive für ein Leben in Deutschland zu schaffen.

Neumünster als einer Stadt mit einer Erstaufnahmeeinrichtung kam schon in diesen Jahren eine besondere Bedeutung zu, da hier überproportional viele umA's ankamen, die mindestens vorläufig in Obhut zu nehmen waren, bevor sie durch andere Jugendämter anschlussversorgt wurden. Aufgrund der überproportionalen Belastung des ASD Neumünster wurden die meisten Fälle nach der „Erstversorgung“ zur weiteren Betreuung den Jugendämtern anderer Kommunen zugewiesen, teilweise innerhalb Schleswig-Holsteins, teilweise auch in andere Bundesländer, je nach Quotenerfüllung gem. „Königsteiner Schlüssel“.

Ab dem Jahr 2017 gingen die Flüchtlingsströme und damit auch die Fallzahlen zurück (Bild 1). Die Verteilung der in Neumünster erstversorgten umA's gestaltete sich seitdem in der Regel unproblematisch.

Neumünster blieb jedoch die Kommune in Schleswig-Holstein, die weiterhin deutlich über Quote (Bild 3) zu der Versorgung der umA's im Land beitrug.

Die Gesamtfallzahl in Neumünster konnte von 742 Fällen im Jahr 2015 auf nur noch 207 bzw. 205 in den Jahren 2020 und 2021 abgebaut werden (Bild 1/ Total). Wobei ein stetiges Ansteigen der vorläufigen Inobhutnahmen seit dem Jahr 2021 (Bild 2) zu erkennen ist. Seit dem Sommer 2022 steigen die Zahlen der ankommenden umA's deutschlandweit wieder deutlich an.

Viele Kommunen können die Versorgung der minderjährigen unbegleiteten Ausländer nicht mehr nach den gebotenen fachlichen Standards sicherstellen. So ist es aktuell auch in Neumünster. Eine große Schwierigkeit stellt die unmittelbare Unterbringung ankommender umA's in stationären Wohngruppen dar. Die Kapazitäten sind landesweit erschöpft, insbesondere im Rahmen der Rufbereitschaft gelingt es oft nicht, Plätze in stationären Einrichtungen für die Aufnahme der umA's zu finden. Mit nennenswerten Aufstockungen ist insbesondere aufgrund des Fachkräftemangels in naher Zukunft nicht zu rechnen. Eine Akut-Versorgung ist derzeit überhaupt nur in enger Kooperation mit der Landesunterkunft möglich, die die umA's für ein paar Tage aufnimmt, bis diese im Jugendhilfesystem einen Platz finden.

Die Altersfeststellungen können nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Werktag nach der vorläufigen Inobhutnahme, sondern in der Regel erst bis zu 7 Werktagen später durchgeführt werden. Dies unter anderem auch, weil das Team der Kultursensiblen Jugendhilfe (KuJu) personell seit Monaten nicht vollständig besetzt ist. Von 7,02 VZÄ sind derzeit nur 5,43 VZÄ besetzt. Das Team weist einen überproportional hohen Krankenstand auf.

Eine vollumfängliche Versorgung der umA's im Umfang von mehr als 15 bis 20 vorläufigen Inobhutnahmen pro Monat, neben der Zuständigkeit für die noch laufenden Altfälle, ist mit dem dem Team zugewiesenen Personal realistisch nicht zu bewältigen. Die aktuellen Zahlen übersteigen das machbare Maß im umA-Bereich ca. um das Fünffache. Die Verteilverfahren zögern sich hinaus, die Zuweisungen an andere Kommunen werden nicht mehr zeitnah abgewickelt, weshalb die Fälle die Mitarbeitenden im Fachdienst Familien- und Jugendhilfe länger beschäftigen, als es eigentlich vorgesehen ist.

Der Fachdienst hat auf diese Situation mit verschiedenen Maßnahmen reagiert:

- Das TIP-Team unterstützt seit dem 01.11.22 an drei Wochentagen mit einem Kollegen,
- die Bezirkssozialarbeit stellt eine Vollzeitkraft ab dem 01.12.22,
- der Pflegekinderdienst übernimmt auswärtige Hausbesuche zur Überprüfung, ob Familiensammenführungen realisiert werden können.
- Der Fachdienst Familien- und Jugendhilfe hat in Kooperation mit der IUVO eine Immobilie zur Unterbringung von bis zu 5 jugendlicher umA's in Betrieb genommen
- Es werden Gespräche mit der IUVO über eine zusätzliche Erweiterung des Angebotes an stationären Plätzen geführt (mögliche 10 weitere Plätze ab Dez. 22/Jan. 23)
- Es wurden Gespräche mit dem Landesjugendamt mit dem Ziel einer Beschleunigung im Verteilverfahren geführt.

Auch wenn sich die Situation aktuell nicht als auskömmlich darstellt, gehen wir davon aus, dass die Erweiterung der Platzkapazitäten und die geplante Änderung der Abläufe im Verteilverfahren mindestens mittelfristig eine Entlastung für das Team der KuJu und damit für die Stadt Neumünster mit sich bringen werden.

Die Aufgabe der Erst-Versorgung der umA's im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme wird zwar weiter in Neumünster bleiben, es ist jedoch geplant, die Zuweisungen in die anderen Kommunen Schleswig-Holsteins zu einem deutlich früheren Zeitpunkt im Verfahren wirksam werden zu lassen, so dass Teile der Aufgaben, die heute noch in Neumünster bearbeitet werden, künftig von Mitarbeitern der anderen Kommunen zu erbringen sind.

Die veränderte Zuweisungspraxis soll ab der 48. KW in der Praxis umgesetzt werden.

Im Auftrag

Bergmann
Oberbürgermeister

Hillgruber
Stadtrat

Anlagen:

Daten-Diagramme Bild 1 bis 3